Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 10,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 31. Montag den 31. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Ausschreibung.

Für den **Schlacht- und Viehhof** hierselbst werden nachfolgende Arbeiten einschließlich der Lieferung der Materialien hierdurch öffentlich ausgeschrieben:

1) Die **Steinmetz-Arbeiten** für die Schweineschlachthalle, 2 Schlachthäuser, 2 Marktballen, den Marktball, die Kalbaunenwäsche, den Lagerschuppen.
2) Die **Zimmer-Arbeiten** für dieselben Gebäude und außerdem für die Schweineschlachthalle und die Wagenremise.
3) Die **Asphalt-Arbeiten** für die ad 2 bezeichneten Gebäude.

Die Unterlagen sind vom 27. d. M. an gegen Zahlung von 5.6 ℳ für die Steinmetz-Arbeiten, von 5.8 ℳ für die Zimmerarbeiten und von 1.2 ℳ für die Asphalt-Arbeiten dem Schlachthofbaubureau an der Kaiserin-Augusta-Straße zu beziehen.

Ebenda werden auch Umdruckzeichnungen der einzelnen Gebäude zum Preise von 1 ℳ für jedes Blatt abgegeben.

Die Angebote sind in Form und Bezeichnung nach Maßgabe der bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und **bis zum 10. Februar d. J. Mittags 12 Uhr bei der Nuntiatur** des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, bez. auch die Theilung der Arbeiten, sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 25. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 311. Dr. Georgi. Gringmuth, Rss.

Ausschreibung.

Die Herstellung der Grundstücks-Einfriedigung der Betriebsanlage für die erweiterte Stadtwasserkunst soll verdungen werden. Die Einfriedigung ist 455 Meter lang und 2.2 Meter hoch, mit Thoren und Pforten versehen, und wird in runden Wacholderstangen mit entsprechenden Pfählen ausgeführt.

Bedingnißhefte und Massenanschlag liegen im Baubureau für Erweiterung der Stadtwasserkunst, Thomaskirchhof 18, zur Ansicht der Bewerber aus und können gegen Vergütung von 50 ₰ für das Stück von dort bezogen werden.

Schluß der Angebotsannahme ist am 10. Februar 1887, Vormittags 10 Uhr.

Leipzig, den 19. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia 277. Dr. Georgi. S.

Holz-Auction.

Montag, den **14. Februar c.**, sollen im Forstreviere **Burgaue** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 10 und 15 zwischen der **Fluthrinne** und der **Wahrener Grenze**, dicht am **Leutzsch-Wahrener Fahrwege**, von **Vormittags 9 Uhr** an

240 Stück **Abraumhaufen** und
250 „ **Langhaufen**

unter den im Termine öffentlich auszuhängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Holzauction.

Mittwoch, den **9. Februar c.** sollen im Forstreviere **Connewitz** die auf der **neuen Eisenbahn-Linie** im Kynsche, Mühle und Streitholz aufgerosteten Hölzer, als:

10 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite**,
65 „ Eichen-
8 „ Buchen-
3 „ Ellern- } **Brennscheite**, sowie
100 Haufen **Abraum**,
30 **harte Langhaufen**,
15 Stück **weiche Langhaufen** und
20 Band **Dornen**,

unter den im Termine öffentlich **aushängenden Bedingungen** und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der Eisenbahnlinie im sogenannten Kynsche, unweit der hohen Brücke bei Connewitz, **Vormittags 9 Uhr.**

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung
für die Herren Vormünder.

Die bei dem unterzeichneten Königlichen Amtsgericht in Pflicht stehenden Herren Vormünder werden hiermit veranlaßt, die wegen ihrer Pflegebefohlenen zu erstattenden Erziehungsberichte bis

zum 31. Januar 1887

anher einzureichen.

Formulare zu diesen Berichten sind in dem Amtsgerichtsgebäude, Zimmer Nr. 79, 85, 94 und 107 zu erhalten.

Bei der Ausfüllung der gedachten Erziehungsberichte ist aber neben vollständiger Beantwortung der vorgedruckten Fragen noch Folgendes und zwar:

a. bei ehelich geborenen Pflegebefohlenen der volle Name, Stand, Wohnort und das Todesjahr des verstorbenen Vaters anzugeben,
b. bei unehelich Geborenen sind die Worte beizufügen: „unehelich geboren".

Auch wollen die Herren Vormünder etwa eintretende Wohnungsveränderungen hier zur Anzeige bringen.

Leipzig, den 14. December 1886.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung V.
Mannsfeld. Gtp.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 31. Januar 1887.

* Diejenigen Politiker, welche gewohnt sind, aus den äußern Zeichen auf den innern Kern der Lage zu schließen, haben mit besonderer Freude zu vermerken, daß Kaiser Wilhelm auf dem letzten Balle im königlichen Opernhause die Gemahlin des französischen Botschafters in außergewöhnlicher Weise auszeichnete. Der Kaiser, der mit der Kaiserin um 9 Uhr seine Loge betreten hatte, befand sich an diesem Abend ganz besonders frisch und wohl. Es war eine rechte Freude, zu beobachten, wie er mit der ihm eigenen milden Freundlichkeit das Auf- und Abwogen der dichtgedrängten glänzenden Menge im Saale verfolgte und sich mit den einzelnen Prinzessinnen des königlichen Hauses lebhaft und heiter unterhielt. Den üblichen Rundgang des Hofes zur Eröffnung des Balles mitzumachen, unterließ er freilich, doch begab er sich gegen 10 Uhr aus der Loge in die gegenüberliegende Prosceniumslage, um dem dort versammelten diplomatischen Corps seinen Besuch zu machen. Auf dem Wege dorthin, den ihm nur mit aller Mühe seine Adjutanten bahnen konnten, so dicht waren die Gänge gefüllt, begrüßte er eine Reihe von Anwesenden, dem einen ein Scherzwort zurufend, den andern in eine kurze Unterhaltung ziehend; dann trat er in die kleine Loge, in der die schöne Gemahlin des österreichischen Botschafters Szögenyi und die stattliche französische Botschafterin Madame Herbette, eine lebendige Pariserin, Platz genommen hatten, setzte sich zu ihnen, und die lebhafte, wohl zehn Minuten dauernde Unterhaltung und sein Geberdenspiel während derselben bewiesen, daß ihm die beiden Damen außerordentlich sympathisch waren und daß er sich bei ihnen besonders wohl fühlte. Dann ging er zu den übrigen Gesandten und Gesandtinnen und den neben ihnen stehenden Fürstlichkeiten; doch war hier die Unterhaltung weit kürzer, wenn auch nicht minder lebhaft, und bald darauf gegen halb eif Uhr verließ der Kaiser mit dem gekrümmten Hofe den Ball, der im übrigen denselben glänzenden unveränderten Verlauf nahm, wie er ihn bereits seit Jahren hat.

* Unter Vorsitz des Reichskanzlers, Ministerpräsidenten Fürsten von Bismarck fand am Sonnabend Nachmittag 2 Uhr im Reichskanzlerpalais eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.

* Von officiöser Seite wird der „Politischen Correspondenz" aus Berlin zur Lage geschrieben:

Die alarmirenden Gerüchte, durch welche die öffentliche Meinung während der letzten Tage beunruhigt worden ist, besserten die Lage, wie sie in Wahrheit ist, natürlich nicht verschlechtern; anderseits wäre es aber unrichtig, aus den berechtigten Dementis, welche jenen kolportirten Mittheilungen entgegentreten, schließen zu wollen, daß sich dieselbe verbessert habe. Die Lage bleibt die alte und — wie bereits an dieser Stelle gesagt worden ist — eine ernste, gleichviel, ob man dieselbe heute optimistisch, morgen pessimistisch betrachten will. Der Krieg droht zunächst nicht so unmittelbar hervor, wie dies kürzlich — ob von unwissender, gedankenloser oder interessirter Seite, das lassen wir dahingestellt — behauptet wurde; man darf sich aber der beruhigenden Beobachtung nicht verschließen, daß, während letzter nur in den Gerüchten politischer Laien, zumal jenseits des Rheins, der Gedanke festgehalten wurde, daß der Krieg unvermeidlich und sein Ausbruch einfach eine Opportunitäts- und Zeitfrage sei, jetzt auch in maßgebenden deutschen Kreisen die Ansicht hervortritt, es werde früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich kommen müssen. Zweifellos ist es bis zu einem gewissen Grade beruhigend, daß die Franzosen sagen, sie dächten nicht daran, Deutschland anzugreifen, während deutscherseits von maßgebender Stelle erklärt wurde, man rüste sich hier nur zu einer Vertheidigung gegen etwaige Angriffe. Man kann gleichwohl in solchen Worten, selbst wenn man überzeugt ist, daß sie beiderseits optima fide gesagt werden, eine sichere Garantie des Friedens unmöglich erblicken. Wie größer wäre eine solche Bürgschaft, wenn Deutschland militärisch so stark und furchtbar dastände, daß dadurch aller Welt das große Wagniß eines thatsächlichen Vorgehens gegen Deutschland klar gemacht würde. Dann dürften wunderbare die Neigungen der öffentlichen Meinung in Deutschland durch die publicistischen Kämpfe mit der französischen Presse und die Beunruhigungen über kriegerische Vorkehrungen an der französischen Grenze ein Ende nehmen, und es wäre zu hoffen, daß mit der Zeit wieder derjenige Grad von Beruhigung eintreten würde, der bis zu dem Augenblicke vorgeherrscht hatte, wo das numerische Uebergewicht der französischen Armee im Vergleiche zur deutschen die Besorgniß derjenigen Factoren wachrief, denen es obliegt, über die Sicherheit des Deutschen Reiches zu wachen. Thatsächlich ist ja das deutsch-französische Verhältniß in diesem Augenblicke ein normirtes und beruhigendes. Dies ist in erster Linie Gesichtspunkt begründet, ist das Spielen gewisser Elemente in Frankreich mit dem Revanche-Gedanken und die Bilanzaufsicht diesseits vor dem plötzlichen Ausbruch eines seit Jahren unerwünschten Feuers. Um aber dem französischen Volke aufdringlich zu machen, daß die Fortdauer der Liebäugeleien mit dem Revanche-Gedanken für Frankreich selbst noch bedenklicher wäre als für Deutschland, erscheint es nothwendig, daß dieses letztere Reich überall und besonders an der Seine so stark erscheine, wie es erst nach Annahme der Militair-Vorlage dastehen kann.

* Durch allerhöchste Ordre vom 25. d. M. ist der Militair-Ober-Pfarrer des VI. Armeecorps, Consistorialrath D. Richter, zum evangelischen Feldpropst der Armee ernannt worden. D. theol. Adolf Maximilian Richter ist am 31. August 1842 zu Frankfurt a. O. geboren. Er besuchte von Michaelis 1861 ab die Universitäten Halle und Berlin, wo er sich besonders an die Theologen Julius Müller und Tholuck, Tarner und Nitzsch anschloß. 1866 wurde er Gefängnißprediger in Frankfurt a. O. und 1868 Divisionspfarrer in Glogau, von wo aus er an dem Feldzuge gegen Frankreich theilnahm. Im Winter 1870/71 weilte er im großen Hauptquartier von Versailles. 1873 wurde er Divisionspfarrer in Breslau und durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 10. December 1874 Militair-Oberpfarrer des VI. Armeecorps, sowie Mitglied des Breslauer Consistoriums. Im Jahre 1877 zum Consistorialrath ernannt, ist er in dieser Stellung vor Allem mit Arbeiten behufs Organisation der inneren Mission betraut gewesen. Die Gründung der schlesischen Arbeitercolonie in Wünschs ist wesentlich ihm zu danken. 1883 wurde er von der evangelisch-theologischen Facultät Breslau zum Doctor der Theologie ernannt.

* Das Wahlcomité der Socialisten in Sonneberg hat folgenden Aufruf erlassen:

„Nachdem der Reichstag durch den Willen unseres Kanzlers aufgelöst worden ist, stehen wir vor neuen Wahlen, an welchen die Socialisten des zweiten meininger Wahlkreises theilzunehmen gewillt sind und zwar nicht ohne Aussicht. Unglücklicherweise haben wir keinen Planig, und sind genöthigt, an alle Arbeiter zu appelliren, um in den Kampf gegen die Bestien einzutreten, welche die Macht in Händen haben. Wir rechnen darauf, daß die deutschen Socialisten in Paris uns zur Hilfe kommen werden, und sind sicher, daß wir uns nicht vergeblich an sie wenden.

August Borkhardt,
Maler."

Wir entnehmen diesen Aufruf dem Pariser Blatte „Cri du peuple". Dasselbe drucke ihn mit folgender charakteristischer Einleitung ab: „Das socialistische Wahlcomité in Sonneberg schickt uns den folgenden Aufruf, den wir uns beeilen, zu veröffentlichen". — Uns ist die Eile des „Cri du peuple" durchaus verständlich. Man sieht eben in Paris die Socialisten und die Parteien, welche Hand in Hand mit ihnen gehen, als werthvolle Bundesgenossen ein.

* * *

* In Wien haben die Berathungen der österreichischen und ungarischen Minister wieder begonnen. Ein Telegramm der „Vossischen Zeitung" meldet über dieselbe: „Die ungarischen Minister Tißza, Orczy, Szapary, Szechenyi und General Frjesvary sind heute Morgen in Wien eingetroffen. Mittags findet gemeinsamer Ministerrath statt, welcher zunächst dem Ausgleich gilt. Allseits tritt das Bestreben hervor, die Schwierigkeiten rasch zu lösen, und man versichert bestimmt, Ungarn werde in der Petroleumfrage nachgeben gegen Concessionen bei der Spiritusfrage. Weiteres Gegenstand der Ministerberathungen sind die Ausgaben des Kriegsministers für vorbereitende militairische Maßregeln, welche vorläufig aus den Centralcassen bestritten werden. Sollten die Auslagen keine Steigerung erfahren, so wird der gegenwärtige Modus der Bedeckung beibehalten. Diese Frage muß entschieden werden, weil die ungarische Regierung bei der Specialdebatte des Budgets im Reichstage erwartet, daß die Führer der Opposition die auswärtige Lage, sowie die Creditforderungen der Kriegsverwaltung zur Sprache bringen werden. Endlich werden noch einige Details des Landsturmgesetzes berathen werden. Auch über das Demissionsgesuch Szapary's wird hier entschieden werden; seinen Freunden erklärte Szapary gestern im Reichstage, daß er auf seiner Demission beharre, indessen hängt seine letzte Entschließung von dem Empfange ab, welchen er hier finden wird."

* Nach einem Wiener Telegramm gilt es in unterrichteten Kreisen nach Sperre des deutschen Marktes für wahrscheinlich, daß ein Pferde-Ausfuhrverbot als Schutz gegen die erhöhte Ausfuhr erfolgen wird.

* Der St. Petersburger Correspondent der „Polit. Correspondenz" tritt der Meldung entgegen, daß der russische Gesandte in Stockholm, Herr Schischkin, von der russischen Regierung beauftragt worden sei, um Aufklärungen über die in Schweden betriebenen Rüstungen und deren Zweck zu ertheilen. Herrn Schischkin's Anwesenheit in St. Petersburg hänge mit den daselbst veranstalteten Festessen zusammen, denen er mit seiner Familie anzuwohnen wünscht. Selbstverständlich hatte Herr Schischkin auch Begegnungen mit Herrn v. Giers; allein seine Mittheilungen hatten absolut nichts Beunruhigendes, wie man es überhaupt an maßgebender, russischer Stelle nur natürlich finde, daß die schwedische Regierung in einem Augenblicke äußerster, eifriger Rüstungen auch ihrerseits nicht müßig bleiben könne, ohne daß daraus auf kriegerische Absichten geschlossen werden müsse.

* Gegenüber den Aeußerungen, welche italienische Blätter dem bulgarischen Deputirten, Herrn Kaltschew, über das Verhältniß zwischen Serbien und Bulgarien in den Mund legten, wird von competenter Seite aus Belgrad versichert, daß diese Aeußerungen in der behaupteten Form unmöglich gemacht werden konnten. Die bulgarische Abordnung ist mit den serbischen Vertretungen nur ganz ausnahmsweise in Berührung gekommen, sie hat keinem der serbischen Vertreter einen Besuch gemacht und der serbische Gesandte in Paris, Herr Marinovic, konnte ihr zu Ehren kein Bankett geben, da er sie gar nicht sah. Die Aeußerungen Herrn Kaltschew's müssen offenbar durch die italienische Publicistik bona fide wegenau wiedergegeben worden sein, da sie in der mitgetheilten Form thatsächliche Unrichtigkeiten enthalten.

* Unter den belgischen Liberalen werden die Bestrebungen zur Herbeiführung der Einigkeit fortgesetzt. In der letzten Delegirtenconferenz antworteten die Vertreter der „Liga" und der „Union" auf die Vorschläge der „Association" bezüglich der Verfassungsrevision mit einem Wahlrechte auf Grund des Gesetzes von 1883 (Capacitäts-Wahlrecht); Einbringung des Revisionsantrages, sobald die liberale Majorität groß genug ist, um den Erfolg zu sichern, was erreicht sein wird, wenn eine liberale Majorität erklärt, daß die Revision möglich sei; bis dahin soll jeder Deputirte die Freiheit haben, für die Revision Propaganda zu machen, von der Revision soll aber auch nicht die Zugehörigkeit zur liberalen Partei abhängig gemacht werden. Die Delegirten der beiden Vereine erklärten, daß die Propositionen einstimmig erfolge, und daß sie die Forderung des obligatorischen Unterrichts ebenfalls einstimmig annehmen. Die Delegirten der Association nahmen hierauf die Proposition ad referendum.

* Der gesetzgebende Rath von Natal hatte am 17. December v. J. eine Resolution gefaßt, in welcher dem Gouverneur Sir A. Havelock ein Mißtrauensvotum ertheilt und die Regierung um Abberufung des Gouverneurs gebeten wurde. Darauf hat nun der Colonialminister geantwortet, daß er die Handlungsweise des Gouverneurs billige, da derselbe dem Rathe keine Mittheilungen über die Verhandlungen mit dem Oranje-Freistaate zu machen brauchte, weil diese Verhandlungen von der Reichsregierung allein zu führen waren. Sir Arthur Havelock sei nur einem Befehle nachgekommen, wenn er mit dem Präsidenten des Oranje-Freistaates einen Schriftwechsel führte und er habe daher nicht die Absicht gehabt, die Rechte der Vertretung der Colonie zu verkürzen. Sir Arthur besitze das volle Vertrauen der Königin, und die Resolution, welche nicht als gerechtfertigt angesehen werden könne, sei deshalb zu bedauern. Darauf hat nun der Rath wiederum eine Resolution gefaßt, in welcher er sein Bedauern über die Antwort der Reichsregierung und sein Erstaunen darüber ausspricht, daß der Gouverneur auf Befehl der Reichsregierung gehandelt habe.

* Unter den Ländern, nach denen sich in dem letzten Jahrzehnt ein besonders starker Strom deutscher Auswanderung wandte, stand der Unionsstaat Texas in vorderster Reihe. Die Landagenten und Eisenbahnmänner — unter letzteren besonders der berüchtigte Jay Gould und seine Leute — hatten es ja vortrefflich verstanden, Reclame für das Land zu machen, und in gewissen Gegenden eignete sich dasselbe ohne Zweifel auch, außer zur Viehzucht, zur Ackercultur ganz gut. Heute muß man aber bezüglich Texas ebenso wie bezüglich der meisten anderen Staaten der Union nachdrücklich betonen, daß die begehrenswerthen Ländereien fast sämmtlich in fester Hand sind, und daß die noch vorhandenen zur Cultur wenig oder nichts taugen. Als wir vor Kurzem eine Reise durch Texas machten, lasen wir in der Münchener „Allgemeinen Zeitung", und die Theile des Landes westlich von Dallas und Fort Worth aus eigener Anschauung kennen lernten, da erfüllte uns der Anblick, der sich uns darbot, schon mit lebhaftem Mißtrauen bezüglich der vielgepriesenen Hilfsquellen dieses Gegenden. Tausende von verhungerten Rindern und Schafen lagen an unserem Wege; die Bäumchen, welche die Ansiedler in der von natürlichen Baum- und Buschwuchs vollkommen entblößten Prairie — zum Theil in großen Heiligeln — durch sorgfältigen Begießen groß zu ziehen suchten, haben überaus dürftig und kränklich aus, und die Saaten standen dünn und lichten bedenklich weil von dem trockenen grauen Boden durchblicken. Heute nun erhalten wir einen Bericht von einer großen Hungersnoth, die in Folge der vorjährigen Dürre in den Comtés von Westtexas ausgebrochen ist. Anfangs haben die Landagenten und Landbesitzer die Thatsache zu leugnen gesucht, da sie Texas aus leicht begreiflichen Gründen nicht in Mißcredit bringen mochten, gegenwärtig werden aber ihre Stimmen von den lauten Hilferufen vollkommen übertönt. Der beschränkten amerikanischen Wohlthätigkeit wird es hoffentlich gelingen, die Noth in etwas zu lindern und dem Schlimmsten vorzubeugen. Daß dieselbe auf dem jungfräulichen Boden, auf dem es keinen Urwald auszurotten gab und auf dem deshalb der Pflug leichtes Werk hatte, überhaupt möglich ist, wird man ganz gewiß nicht als ein gutes Zeichen für die Fruchtbarkeit desselben ansehen dürfen. Das deutsche Element ist in der heimgesuchten Gegend leider sehr stark vertreten."

Zur Lage.

NLC. **Berlin**, 29. Januar. In der gestrigen Debatte des Abgeordnetenhauses über die Wahlbündnisse trat das böse Gewissen und die Heuchelei der verbündeten deutschfreisinnigen und clericalen Partei in der bezeichnendsten Weise hervor. Während die Conservativen und Nationalliberalen ihr für einen einmaligen Zweck unter vollständigster Wahrung aller Principien und Programme geschlossenes Wahlcartell vor aller Welt bekannt machten, suchen Deutschfreisinnige und Centrum, die ganz dasselbe gethan haben, ihren Bund abzuleugnen, als es sie compromittirte seitens des Bundesgenossen schienen und eine bedenkliche Wirkung auf ihre Anhänger befürchteten. Das Letztere wird allerdings nicht ausbleiben. Es giebt genug entschieden liberale Männer, die es nicht für ihre Aufgabe halten können, die Geschäfte des Ultramontanismus in Deutschland zu treiben, und es giebt genug gutkatholische Männer, welche nicht gesonnen sind, radical-demokratische Bestrebungen zu fördern. Den Anhängern dieser Richtung in beiden Parteien (und das sind gewiß nicht die schlechtesten) werden bei dieser Wahlbewegung die Augen geöffnet werden und das ist auf alle Fälle ein großer Gewinn.

NLC. **Berlin**, 29. Januar. Die „Kreuzzeitung" fährt Tag für Tag fort, noch angeblichen nationalliberalen Vergehen gegen das Wahlcartell zu forschen. Häufig gelingt es auf Grund irgend einer Zeitungsnotiz, die sich hinterher als irrthümlich erweist. Wenn in vereinzelten Wahlkreisen aus besonderen persönlichen und localen Gründen die Verbindung nicht gelingt, so wird dies von vernünftigen Niemand, der die vorhandenen großen Schwierigkeiten erwägt, anders erwartet haben, und man sollte über solche einzelne Fälle schweigend hinweggehen, statt immer von Neuem darin herumzuwühlen. Im großen Ganzen ist von beiden Seiten, wie wir zu unserer großen Freude constatiren, das Cartell beobachtet und durchgeführt worden. Auf nationalliberaler Seite ist es mitunter mit großer und berechtigter Ueberwindung geschehen. Wir weisen z. B. auf den Wahlkreis Heidelberg hin. Die Mehrheit, die den bisherigen conservativen Vertreter, Herrn Menzer, wählte, bestand zu ⅔ aus Ultramontanen, die mit einem eigenen Candidaten erfahrungsgemäß nicht durchzudringen vermögen, und zu ⅓ aus ursprünglich liberalen, aber durch die agrarische Bewegung nach rechts gedrängten Wählern. Eine eigentliche conservative Partei in irgend ansehnlicher Stärke giebt es dort nicht, der Wahlkreis war von Anfang an ununterbrochen nationalliberal vertreten, das zu allgemeiner Ueberraschung im Jahre 1884 durch die oben geschilderte kleine Mehrheit, man kann sagen durch einen Zufall, der conservative Candidat durchkam. Jetzt geben die Ultramontanen ihren damaligen Erwählten auf. An solchen Orten ohne conservative Wähler einen conservativen „Besitzstand" anzuerkennen, ist gewiß viel verlangt und muß große Ueberwindung kosten. Gleichwohl haben sich die Nationalliberalen dazu verstanden und wir wollen es nicht tadeln. Aber ein reiches Maß von Loyalität ist es gewiß. Wir könnten ferner auch auf verschiedene Fälle hinweisen, wo die Vertragstreue der conservativen Partei sehr zweifelhaft ist. In Lauban-Görlitz z. B. ist 1884 nicht eine einzige conservative, wohl aber 7436 nationalliberale Stimmen abgegeben worden. Gleichwohl wurde sofort ein deutschconservativer Candidat aufgestellt. Wir unsererseits fühlen kein Bedürfniß, jeden einzelnen Fall dieser Art mit peinlichster Genauigkeit zu untersuchen. Wir möchten aber auch wünschen, daß es von anderer Seite endlich unterbliebe, und daß man sich an den vielen Wahlkreisen freute, wo das Wahlbündniß in Kraft geteten ist und für alle betheiligten Parteien sich als vortheilhaft erwiesen wird, statt immer einzelne Fälle zu kritisiren, wo die Verständigung mal einmal nicht gelingt.

Socialpolitisches.

* Die Bundesrathsausschüsse für Handel und Verkehr und Justizwesen haben jetzt ihre Anträge über den Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, dem Bundesrathe unterbreitet.

Das Gesetz umfaßt in 10 Abschnitten 41 Paragraphen, und zwar die allgemeinen Bestimmungen §§. 1—6, Versicherungspflicht §§. 7 bis 13, Unfallversicherungsanstalt §§. 14—26, Ausstattung der Arbeiter §§. 27 und 28, Feststellung und Auszahlung der Entschädigungen §§. 29—31, Erstattung der Auslagen der Postverwaltungen §§. 32 und 33, Unfallverhütung, Beaufsichtigung §§. 34 und 35. Ent-